

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 66 (1932)

259 (22.9.1932)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-789599](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-789599)

Einzelpreis 10 Pf.

Die „Nachrichten“ erscheinen täglich, ausser an den Sonntagen. Bezugspreis: ohne Postgebühren monatlich 2.10 RM. Fernsprecher: 3446. Geschäftsstelle: Sammel-Str. 22. Elektr.-Adressen: „Nachrichten“. Abonnenten: Old Sport & Zeit-Verlag, Oldenburg. Adressat: Oldenburg. Postfach: 22351. Verlagsort: Oldenburg.

Nachrichten für Stadt und Land

Zeitung für oldenburgische Gemeinde- und Landesinteressen

Hauptredakteur: Wilhelm von Busch. — Verantwortlich für Politik: Dr. Dr. Konrad Barthel, für Redaktion: Alfred Witten, für den heimatischen Teil: H. Kreyloeg, für Handel und Wirtschaft: Dr. Fehde, für Turnen, Spiel und Sport: R. Kuhlmann, für den Anzeigenenteil: A. Kiefe. — Berliner Schriftleitung: Dr. F. Fehde, Berlin SW 68, Zimmerstr. 26-28 (Fernsprecher A 7 Dönhoff 906). — Druck und Verlag von W. Busch in Oldenburg.

Nummer 259

Oldenburg, Donnerstag, den 22. September 1932

66. Jahrgang

Japans Machtprobe

Die neueste Kompilation im östasiatischen Konflikt, wobei in diplomatischen Kreisen Londons und Washingtons bereits der Gedanke einer internationalen Aktion gegen Japan erwogen wird, läßt die Frage aufkommen, welche Mittel denn überhaupt der übrigen Welt zur Verfügung stehen, um Japan eventuell zur Aufgabe seiner Expansionspolitik zu zwingen.

Es ist so weit. Durch ihre Erklärung, daß das Prinzip der „offenen Tür“ in der Mandschurei, das durch den Neun-Mächte-Pakt garantiert ist, nur für solche Staaten gelten soll, die das neue, „unabhängige“ Mandchukuo anerkennen, haben die Japaner ganz offen die ganze Welt zu einer gewaltigen Machtprobe in die Schranken gefordert. Eigentlich bestand schon längst in der diplomatischen Welt nur die eine — freilich mitunter unausgesprochene — Meinung, daß das Inselvolk im Fernen Osten durch sein Vorgehen sowohl die Bestimmung des Völkerbundes wie die des Neun-Mächte-Paktes verletze hat. Man zögerte, die Konsequenzen daraus zu ziehen, weil man infolge der Weltkrise allenthalben mit sich selbst zu tun hatte. Nach dem Affront, der in der genannten japanischen Erklärung liegt, ist jedoch eine weitere Passivität der in Klassen interessierten Mächte kaum noch möglich. Schon ist von einer internationalen Aktion die Rede.

Welche Machtmittel gibt es denn nun überhaupt, durch die auf die Japaner ein Druck ausgeübt werden könnte? Das ist die Frage, von deren Beantwortung die Haltung der Großmächte Japan gegenüber in der nächsten Zukunft ausschlaggebend abhängen wird.

Der nabelgegendste Gedanke wäre natürlich der, daß der Völkerbund, vielleicht im Einverständnis mit der U.S.A. oder gar mit England, durch eine bewaffnete Intervention im japanischen China gegen die japanischen Expansionsgelüste einzuwirken würde. Eine derartige Maßnahme ist — die Chinesen haben ja immer wieder darauf hingewiesen — im Völkerbundsgeiste vorgesehen, ohne daß sie bisher jemals angewandt worden wäre, obwohl die Vorbedingungen dafür schon des öfteren gegeben waren. Und außer den Japanern würde sich wohl kein Mitgliedstaat des Völkerbundes finden, der beweisen wollte, daß die Kriegshandlungen Japans gegen China einen solchen Schritt noch nicht rechtfertigen.

Aber die juristische Seite des östasiatischen Konflikts ist nur mittelbar auch von praktischer Bedeutung. Ein von Genf nach dem Fernen Osten entsandter Völkergerichtsvollzieher müßte einen Machtapparat hinter sich haben, der dem Japans überlegen ist, wenn seine Sendung erfolgreich verlaufen soll.

Nun sind sich jedoch die militärischen Experten der ganzen Welt darüber einig, daß ein Krieg gegen Japan, auch wenn sich eine gewaltige Uebermacht dazu vereinigen würde, keine auskömmliche Angelegenheit wäre. Hinzu kommt, daß niemand Interesse an einem neuen Weltkrieg und seinen verhängnisvollen Auswirkungen hat. Erst in dem Augenblick würde das Problem ein anderes Gesicht erhalten, wenn die Feinde Japans mit einem einigen, einheitlich und stark geführten China rechnen könnten. Hierauf besteht jedoch keinerlei begründete Hoffnung.

Da ein Weltkrieg gegen Japan also ausschaltet, bleibt als einziges denkbares Druckmittel nur die Möglichkeit wirtschaftlicher Sanktionen. Japan ist ein ungeheuer überbevölkertes Land, das auf die Einfuhr von Lebensmitteln in großem Maße angewiesen ist. Diese Einfuhr muß es durch Export bezahlen. Der Gedanke liegt also nahe, durch wirtschaftliche Sanktionen den Japanern die Ausfuhr ihrer Waren unmöglich zu machen oder doch stark zu beschränken, um sie auf diesem Wege zum Nachgeben zu zwingen. Wie sieht nun die Außenhandelsbilanz Japans aus, bei wem kauft und an wen verkauft es, und welche Länder sind infolgedessen in der Lage, auf das Inselvolk einzuwirken?

Aus den letzten Ziffern für die ersten sieben Monate des laufenden Jahres geht hervor, was schon längst kein Geheimnis ist, daß der japanische Außenhandel seit dem vergangenen Jahre und weit mehr noch seit dem Jahre 1930 einen katastrophalen Zusammenbruch erlitten hat, dessen Ausmaße weit über den Rückgang hinausgehen, den die übrigen Großmächte, die doch von der allgemeinen Krise auch nicht verschont blieben, zu verzeichnen haben. Wenn man die Zahlen für das laufende Jahr in Gold-Pfenningen umrechnet, ergibt sich folgendes Bild:

Für Ein- und Ausfuhr ergibt sich für Januar-Juli eine Gesamtsumme von rund 1030 Mill. Yen. Das bedeutet gegenüber den Vorjahren eine Schrumpfung von 33 bzw. 47 Prozent, ein Rückgang, der sich nahezu gleichmäßig in Einfuhr und Ausfuhr ausgewirkt hat, wenn auch die Ausfuhr um ein Geringes mehr betroffen wird.

Weitaus an erster Stelle unter Japans Lieferanten und Abnehmern stehen die Vereinigten Staaten, die 30 Prozent der japanischen Einfuhr abnehmen und sogar 39 Prozent des japanischen Exports liefern. Sehr auffallend und bemerkenswert ist es, daß die amerikanische Einfuhr aus Japan im Verhältnis zum vergangenen Jahre über das allgemeine Sinken des japanischen Exports hinaus um 56 Prozent zurückging, während die Ausfuhr amerikanischer Waren nach Japan gleichzeitig sich noch ein wenig gesteigert hat. Früher gilt sich der Warenaustausch zwischen den

beiden Ländern ungefähr aus; in den ersten sieben Monaten dieses Jahres jedoch war er für Japan stark (um 50 Prozent) passiv.

Die Erklärung für diese günstige Position der Vereinigten Staaten ist sehr einfach. Sie beziehen von Japan überwiegend Luxusartikel, auf die sie im Notfall auch verzichten können, während Japan in Amerika hauptsächlich Rohstoffe und Lebensmittel einkauft, die es unbedingt braucht.

England's eigener Handel mit Japan ist nicht sehr bedeutend. Doch durch seinen Einfluß auf Indien ist es doch in der Lage, dem japanischen Außenhandel unter Umständen den Todesstoß zu versetzen. Denn Britisch-Indien steht heute an zweiter Stelle unter den Abnehmern Japans, seitdem der himmlische Boykott Japans Chinaausfuhr auf 42 Prozent gegenüber 1931 und auf 31 Prozent gegenüber 1930 heruntergebrückt hat. Aber auch Japans Handel mit Indien ist passiv.

Angeht es der gefährdeten Situation des japanischen Handels mit seinen besten Abnehmern will es nichts oder

nicht viel besagen, daß er sich in der Mandschurei, in Australien und Ozeanien sowie in Afrika behauptet hat. Dort kann niemals ein Ausgleich für die Verluste in China und Nordamerika gefunden werden, zumal ja Japan auch darauf angewiesen ist, von hier seine lebensnotwendige Einfuhr zu beziehen.

Aus alledem ergibt sich, daß tatsächlich die Möglichkeit für wirtschaftliche Sanktionen gegeben ist, vorausgesetzt, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten zusammenarbeiten. Wichtig wird es natürlich auch sein, daß sie sich mit den anderen in Frage kommenden Nationen ins Einvernehmen setzen, da andernfalls die Gefahr besteht, daß diese die günstige Gelegenheit wahrnehmen, um ihrerseits mit Japan ins Geschäft zu kommen. Diese Befürchtung ist bereits von amerikanischer Seite geäußert worden, als in Washington erklärt wurde, daß man keinesfalls die unabhängige Mandschurei anerkennen werde, jedoch befürchte, daß andere Länder dies aus Handelsinteressen doch tun würden.

Gleichberechtigung und Mandschurei

U.S.A. sucht Bundesgenossen

London, 21. September.

Zu dem Besuch des Senators Need in London und Paris meldet der Washingtoner Korrespondent der „Times“, Need habe in seiner Unterredung mit Herriot zwar sehr distanziert, jedoch deutlich zu verstehen gegeben, daß die Vereinigten Staaten eine öffentliche französische Stellungnahme gegen die deutsche Gleichberechtigungsforderung unterstützen würden, wenn dafür die Franzosen die Haltung Amerikas in den fernöstlichen Fragen — vor allem der mandschurischen — unterstützen. Obwohl Stimson sich jeglicher Äußerungen über die Mission Needs enthalten habe, so solle er ihm doch, wie man glaube, die Anweisung gegeben haben, die englische Regierung der Unterstützung des Völkerbundes durch Amerika bei allen zukünftigen Entscheidungen hinsichtlich der Mandschurei zu versichern.

Ueber die englische Note zur deutschen Gleichberechtigungsforderung sagt der Berichtsfasser, daß die Äußerungen des amerikanischen Staatsdepartements im allgemeinen mit der englischen insofern übereinstimmen, als sie zwar Verstand und Mäßigkeit für die deutschen Ansprüche hätten, jedoch glaubten, daß die Gleichheit eher durch Herabsetzung der Rüstung der anderen Nationen als durch eine Wiederherstellung Deutschlands erreicht werden solle. Man behaupte die deutschen Ansprüche erhöhe und dadurch die Abrüstung erschwere, die Hoover und Stimson so sehr wünschten. Andererseits verleihe aber auch die deutsche Forderung dem Hoover-Beschluß zur Herabsetzung der Rüstungen erhöhte

Kraft. Frankreich sei, wie man glaube, nunmehr in der Lage, Schritte zur teilweisen Aufhebung der deutschen Sanktionen zu tun, die durch die europäische Abrüstung zu erreichen sei. Es werde in Amerika daran erinnert, daß Hoover bei Herausbringen seiner Vorschläge für die deutschen Forderungen genommen und vorgelegt habe, daß alle anderen Nationen ihre Verteilungsbedürfnisse entsprechend dem deutschen Verhältnis von 100 000 Mann auf je 60 Millionen Einwohner festlegen sollten, wozu dann noch Truppen für die Vertreibung der überfremden Besatzungen hinzukommen sollten. Dieser Vorschlag würde die deutsche Forderung erfüllen und gleichzeitig Frankreich eine größere Armee zugehen, wegen seines afrikanischen und asiatischen Kolonialreichs.

Seht Amerika die Anerkennung der Mandschurei ab?

Moskau, 21. September.

Nach einer russischen Meldung aus Washington hat die amerikanische Regierung beschlossen, die mandschurische Regierung nicht anzuerkennen. Washington habe die Großmächte hierüber verständigt.

Eine Bestätigung dieser Moskauer Meldung liegt aus Washington noch nicht vor.

Die Nachrichten über die angeblich bevorstehende Aktion des Völkerbundes gegen Japan hat in Tokio großen Eindruck hervorgerufen. In japanischen amtlichen Kreisen erklärt man, daß eine solche Mitteilung bis jetzt noch nicht eingegangen ist.

Hochzeit im Hause MacDonalds



Das junge Brautpaar wird nach der Trauung in der Kirche des Städtchens Wendover von schottischen Dudelsackpfeifern empfangen.

Die Hochzeit der zweiten Tochter des englischen Premierministers, Dr. Joan MacDonald, mit dem Arzt Dr. Alfair MacKinnon, wurde in Wendover unter großer Anteilnahme der Bevölkerung gefeiert. Es heißt, daß Mitglieder der Gesellschaft mehr als 100 Mark bezahlten, um wenigstens einen Sitzplatz bei der Feier zu erhalten.

Hornberger Schießen in Preußen

(Sonderdienst unserer Berliner Schriftleitung)

Dr. H. Berlin, 21. September.

Der Preussische Landtag hatte es am Mittwoch bei seinem Vierzehntagssitzungstag, gleich an die entscheidende Frage heranzutreten. Diese besteht darin, wie sich der Landtag zu der Forderung des Reichskommissars von Papen verhält, den Beschluß des Landtagsplenums vom 30. August wieder rückgängig zu machen, durch den den preussischen Beamten erklärt worden war, sie seien gegenüber der kommunistischen Regierung nicht zum Gehorsam verpflichtet. Am Mittwochmorgen hörte man aus Regierungsstellen, daß sich die Regierung, wie dem Landtagspräsidenten Herrl am Montag eröffnet worden war, in seiner Weise mit dem Fortbestehen dieses Beschlusses abfinden könne. Man kommentierte in den politischen Kreisen in der Weise, daß man gegebenenfalls sogar mit einer Auflösung des Landtages rechnen zu können meinte. Die preussischen parlamentarischen Kreise glaubten hingegen, daß es zu einer Vertagung der Entscheidung über diesen Streitpunkt kommen werde.

So war allgemein große Spannung, wie sich der Landtag verhalten würde, und die Tribünen waren offenbar vom Publikum deshalb so dicht besetzt, weil dieses einmal einen „Verfassungsstreit“ ganz aus der Nähe erleben wollte. Als die Sitzung dann aber eröffnet wurde, gab der Nationalsozialist Hintler für seine Fraktion eine Erklärung ab, die eine vorläufige Entspannung bedeutete. Unter größter Aufmerksamkeit des ganzen Hauses stellte Hintler mit, daß sich die Nationalsozialisten am 30. August zustimmend zu dem kommunistischen Antrag verhalten hätten, weil an dem Tage die kommunistische Regierung allen Ministerialbeamten das Betreten des Landtages untersagt hätte. Weiter heißt es in der Erklärung dann, danach habe sich die kommunistische Regierung bemüht, weitere Verfassungsverletzungen zu vermeiden, und dann kamen unter Bewegung im Hause die ausschlaggebenden Sätze zur Verlesung, in denen die Fraktion der NSDAP feststellte, daß sie nicht daran denke, von sich aus gegenüber einer im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse handelnden Regierung die Beamten zur Pflichtverletzung aufzufordern. (Auf der linken Seite wurde lärmende Heiterkeit laut.) Fortbestand hier es:

„Soweit sich die Reichskommissare v. Papen und Dr. Brüning unter dem Druck des Reichspräsidenten v. Hindenburg, an dessen Verfassungstreue Zweifel nicht bestehen können (erneutes Lachen links und auf einigen Tribünen), im Rahmen der auch von ihnen beschworenen Verfassung halten, steht es die Fraktion der NSDAP für eine selbstverständliche Pflicht aller Beamten und Staatsangehörigen an, auch ihrerseits Verfassung und Gesetz in preussischer Pflichterfüllung zu beachten.“

Mit dieser Erklärung war eine spürbare Entspannung in der Streitfrage mit dem Reichskommissar eingetreten; die Erklärung bildete den Versuch zu einem Kompromiß. Von Seiten der preussischen Regierung war noch nicht zu erfahren, ob diese Feststellung als ausreichend im Sinne der Forderung des Reichskommissars angesehen wird. Da die Debatte über den Landtagsbeschluß vom 30. August noch weitergeht, wird die Regierung frühestens am Donnerstag die Kammern überprüfen. Es ist nämlich von den Deutschnationalen noch ein Antrag gestellt worden, den genannten August-Beschluß so inell wieder aufzuheben. Ferner ist von den Nationalsozialisten ein Kompromißantrag eingebracht worden, der den Landtag auffordert, folgendes zu beschließen:

Soweit die Reichsverfassung und die Verfassung des Landes Preußen von der am Amden befindlichen Regierung gemäß dem von ihr beschworenen Eide beachtet und durchgeführt wird, ist es Pflicht der Beamten und Staatsangehörigen Preußens, die Verfassung ebenfalls zu achten und zu schützen.“

Ueber diese Anträge soll am Donnerstag abgemittelt werden. Bis dahin sind Weiterungen von Seiten der Regierung wegen der Beschlußfassung vom 30. August einstweilen nicht zu erwarten. Im Hintergrund allerdings ist immer noch mit allen Möglichkeiten zu rechnen, es hängt alles vom Donnerstag ab.

Am Mittwochabend hat übrigens die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages zu dem Landtagsbeschluß vom 30. August noch einen eigenen Antrag eingebracht, der am Donnerstag ebenfalls zur Debatte stehen wird. Hier wird gesagt, die preussischen Beamten hätten trotz der schon erwiesenen Konflikte, in die sie durch das verfassungs-

widrige Vorgehen der Reichsregierung geraten müßten, ihre Pflicht treu und gewissenhaft erfüllt. Der Landtag erwarte, daß die preussischen Beamten auch weiterhin ihre dienstlichen Obliegenheiten unparteiisch und gewissenhaft erfüllen würden. Dieser Zentrumsantrag, dem, wie behauptet wird, im gegebenen Falle die Nationalsozialisten im Landtagsplenum evtl. zustimmen würden, ist als Kompromißantrag gedacht. Ob das preussische Staatskommissariat sich allerdings mit dem Inhalt dieses Antrages zufriedengeben wird, darüber gehen die Ansichten in politischen Kreisen am Mittwochabend noch stark auseinander.

In politischen Kreisen verstärkt sich die Ansicht, daß der Landtag alles unternehmen wird, um Folgerungen, wie etwa die Auflösung zu vermeiden. Dabei verweist man darauf, daß in der Landtagsitzung vom Mittwoch ein kommunistischer Antrag auf Selbstauflösung des Landtages nur von den Kommunisten und Deutschnationalen angenommen wurde, alle anderen Fraktionen verhielten sich bei der Frage des Präsidenten, wer für den Antrag sei, schweigend; die Deutsche Volkspartei war während dieser plötzlich aufgetauchten Situation gerade nicht im Saale. Man kommentiert nun, daß außer Kommunisten und Deutschnationalen niemand an Landtagswahlen Interesse hat.

Im übrigen war nach dem stürmischen Ausfall der Landtagsitzung vom Mittwoch nicht erheblich. Es wurde, manchmal mit viel Temperament, über sachliche Fragen, in der Hauptsache Vergewaltigungen, debati-

tiert. Einmal vergnügte sich zumal die Tribüne noch mit schallendem Gelächter, als der Kommunist Kasper den Landtagspräsidenten Herrl mit dem Ausdruck: „Der Bruch-Kerrl“ verpönte zu sollen meinte. Kasper wurde aus der Sitzung ausgeschloffen, später nahm der Landtagspräsident jedoch diese Ausweisung zurück, da ihm mitgeteilt worden sei, der Ausdruck sei nicht böse gemeint gewesen. Die zweite Lesung des nationalsozialistischen Antrages auf formale Verweisung in Preußen ist einstweilen von der Tagesordnung abgesetzt. Der nächste Tag hat beschlossen, daß die diesmögliche Sitzungsperiode bis einschließlich Freitag dauere und dann der Landtag erst nach dem Reichstagswahl wieder zusammentritt.

In den späteren Nachmittagsstunden wurde im Landtag im Zusammenhang mit der Beratung der Notverordnung vom 14. Juli über die Feststellung des Haushaltsplanes für 1932, die noch von der Regierung Braun erlassen worden ist, eine allgemeine politische Aussprache abgehalten. Der Nationalsozialist Lohse setzte sich kurz mit den Auslassungen der Kommunisten und der Sozialdemokraten auseinander mit dem Hinweis, daß die Reden der Vertreter beider Parteien nur auf den Wahlkampf abgestimmt gewesen seien. Er polemisierte dann sehr scharf gegen die Deutschnationalen, denen er vorwarf, daß sie heute keinen Anspruch mehr beizubehalten, wie sie als große Parlamentarierpartei recht gern an den Reichstagen der Weimarer Republik gesessen hätten. Der nationalsozialistische Abgeordnete Aube wandte sich in erster Linie an die Adresse des Reichskanzlers v. Papen, indem er u. a. wörtlich ausführte: „Wenn Sie es wagen sollten, uns gegenüber die Verfassung außer Kraft zu setzen, dann müssen Sie sich selbst dafür verantworten machen, denn Verfassungen von irgendeiner Seite erfolgen. Wir werden sehen, ob am 7. November v. Papen wieder mit einer Sanftbewegung das Vertrauen der deutschen Nation beizubehalten.“

Ratlosigkeit in Genf

Genf, 21. September.

Das Büro der Abrüstungskonferenz hat nach einer kurzen geheimen Sitzung beschlossen, in gleicher Weise wie der Väterbund in Zukunft seine Sitzungen öffentlich und nur, falls unbedingt notwendig, geheim abzuhalten. Zu Beginn der sich daran anschließenden öffentlichen Sitzung gab Präsident Henderson einen Rechenschaftsbericht über die Arbeiten der Konferenz seit ihrer Unterbrechung ab. Er unterstrich u. a. die Fortdauer der Weltwirtschaftskrise, die nur durch internationales Zusammenarbeiten überwunden werden könnte. Die Gründe für die Notwendigkeit einer wesentlichen Herabsetzung der Rüstungen seien heute stärker denn je. Das Büro müsse jetzt unermüdet praktische Vorschläge ausarbeiten und die bereits vorbereiteten Ergebnisse müßten in Tatzachen umgesetzt werden. Henderson schloß mit dem üblichen amtlichen Optimismus. Sodann gab Henderson ein Schreiben Litwinows bekannt, in dem die Moskauer Regierung sich weigert, in Zukunft Vertreter in die technischen Ausschüsse der Konferenz zu entsenden, solange nicht Beschlüsse über wesentliche Herabsetzungen der Rüstungen gefaßt seien. Das Büro erteilte dem Präsidenten die Zustimmung zur Verlesung der Aussprache über den deutschen Notenwechsel.

Da keine Aussprache über die Haltung der deutschen Regierung stattfand, hat Herriot seine sofortige Rückkehr nach Paris beschlossen. Er wird erst Montagfrüh wieder nach Genf zurückkehren. Herriot verläßt somit kurz vor dem Eintreffen des Reichsaussenministers Genf.

Die Abfertigung am Nachmittag verlief vor fast leeren Tribünen ohne das geringste Interesse. Es machte sich allgemeine Rat- und Teilnahmslosigkeit geltend. Aufmerksamkeit erregte lediglich eine scharfe Erklärung Litwinows, die den völlig ergebnislosen Verlauf der Abrüstungsverhandlungen und die hoffnungslose Lage darstellte. Das Büro müßte dem Hauptauschuß sofort praktische Maßnahmen im Sinne einer Rüstungsherabsetzung auf das von Sowjet-Rußland angeregte Drittel vorschlagen. Unter diesen Umständen würde Deutschland, dessen Fernbleiben das Büro außerordentlich bedauern müsse, vielleicht wieder in die Abrüstungskonferenz zurückkehren können.

Die Verläufe, ohne Deutschland die praktischen Abrüstungsarbeiten weiterzuführen, scheinen bereits am ersten

Tage gescheitert zu sein. Die Verhandlung rief in allen internationalen Kreisen einen geradezu trübseligen Eindruck hervor. Die Aussprache trug einen rein technischen Charakter. Es zeigte sich, daß den Mitgliedern des Büros erhebliche Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg befehlen. Der französische Kriegsminister Paul Boncour warnte vor einer Zurückverweisung der verschiedenen Fragen an die technischen Komitees. Es habe sich gezeigt, daß eine Einigung zwischen technischen Sachverständigen nur sehr schwer zu erreichen sei. In einem politischen Gremium, wie es das Büro der Konferenz darstelle, sei dies eher möglich. Die Aussprache wird morgen fortgesetzt.

Herriot's kurzer Aufenthalt in Genf

Paris, 22. September.

(Radioföher Eigenbericht)

In französischen politischen Kreisen erklärt man die plötzliche Abreise Herriot's damit, daß er vor vornherein nur die Möglichkeit gehabt habe, auf der Eröffnungssitzung der Abrüstungskonferenz anwesend zu sein, um im gegebenen Falle etwaige russische oder italienische Meinungsverschiedenheiten zu klären und zu klären. Es scheint aber festzustehen, daß noch andere Beweggründe den französischen Ministerpräsidenten veranlaßt haben, die Konferenz zu verlassen. Bei einem längeren Aufenthalt in Genf hätte Herriot es kaum vermeiden können, mit Sir John Simon die deutsche Gleichberechtigungsforderung zu besprechen. Man hofft französischerseits, daß die Unterbrechung, die zu Ende der Woche zwischen Sir John Simon und dem Reichsaussenminister v. Papen stattgefunden wird, zu einer für Frankreich günstigeren Haltung des englischen Außenministers führt, und daß dann die Gelegenheit für den französischen Ministerpräsidenten wesentlich besser ist, seinen Standpunkt durchzusetzen (?).

Der außenpolitische Berichterstatter des „Echo de Paris“, Bertinard, gibt dieser Hoffnung offenen Ausdruck. Im übrigen bemühen sich sämtliche Blätter, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die Abwesenheit Deutschlands bei den Abrüstungsverhandlungen den Gang der Verhandlungen in keiner Weise hindere. Nur das „Echo de Paris“ gibt zu, daß der allgemeine Eindruck in der Konferenzkreise der gewesen sei, daß wegen der Abwesenheit Deutschlands jede Arbeit nutzlos sei.

Die Neuordnung beim Rundfunk

(Sonderdienst unserer Berliner Schriftleitung)

Dr. H. Berlin, 21. September.

Ueber die Neuordnung beim Rundfunk erfahren wir, daß in Kürze abschließende Mitteilungen an die Öffentlichkeit zu erwarten sind, über deren Hauptinhalt wir bereits jetzt einige Angaben machen können. Danach wird die Organisation im ganzen Rundfunkwesen Deutschlands bei allen Sendegesellschaften einheitlich durchgeführt. Die Zentrale befindet sich hinsichtlich der politischen Gesichtspunkte beim politischen Rundfunkkommissariat, die kulturellen Fragen unterliegen generell dem Programm-Büro der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft. Überall bei den Sendegesellschaften werden zwei Intendanten vorhanden sein, nämlich neben der eigentlichen Intendant noch als Zwischenglied zwischen dem Programm-Büro in Berlin und dem leitenden Intendanten des Senders ein Programm-Direktor. Dieser Posten wird neu eingerichtet, er erhält auch den Rang der stellvertretenden Intendanten. Die große Linienführung beim Programm wird dem Intendanten zugehören, während der Programm-Direktor für den ordnungsmäßigen Ablauf der Sendungen der Programme und deren organisatorische Zusammenstellung verantwortlich zeichnet. Bei allen Sendern schließlich werden die Programme unterteilt in eine Musikabteilung, eine Vortragsabteilung, eine literarische Abteilung und eine auch „Zeitdien“ genannte aktuelle Abteilung. Die Musikabteilungen bestehen in sich aus den Büros für Konzert, Orchester, Oper, Chor und musikalische Sendespiele, und ebenso gliedern sich die literarischen Abteilungen in Büros für Lyrik und Epik, Sendespiele und allgemein literarische Darbietungen. Ueber die Postenbesetzung wird persönlicher Einschlußnahme des Rundfunkkommissariats Ministerialrat Scholz alsbald entschieden werden. Wenn behauptet worden ist, daß in der Berliner Zentrale der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft Dr. Magnus formell zum

General-Direktor ernannt würde, so findet wir verlässlich dahin informiert, daß diese Angabe nicht zutrifft. Dr. Magnus, der große Verdienste um das Rundfunkwesen hat, wird seinen weitreichenden Einfluß behalten.

Die Zinsentzugsmaßnahmen

Dr. H. Berlin, 21. September.

Bei den fortlaufenden Berliner Besprechungen über die geplanten Zinsentzugsmaßnahmen war die Konferenz im Reichsfinanzministerium am Dienstag und Mittwoch von besonderer Bedeutung. Unter Beteiligung aller maßgeblichen Interessentengruppen ergab sich, daß eine einheitliche Auffassung nicht zu erzielen war. Eine annähernde Mehrheit schien nur für das bekannte Bitterliche Projekt zu bestehen, das eine generelle Zinsentzug nur für landwirtschaftliche Institute vorsieht. Die „generellen“ Zinsentzugsforderungen, die von der Regierung abgelehnt wurden, werden im übrigen nur von der Landwirtschaft sowie lediglich von einigen Hausbesitzergruppen, jedoch bei weitem nicht von allen, verfochten. Neu aufgetaucht und nicht ganz ausfindiglos zu sein, scheint ein Kompromißvorschlag, der eine Entbung aller über 4 Prozent hinausgehenden Zinsen der Landwirtschaft vorsieht. Die Verrechnung sei in späteren Jahren in Form eines erhöhten Kapital-Aglo aber durch Zuschläge auf die Amortisationsquoten erfolgen, aber auch nur dann, wenn nach einer bestimmten Berechnung (Preis, Absatz, Diskont) eine Konjunkturbesserung für die Landwirtschaft erwiesen ist. Dieser Vorschlag, der eine gewisse Parallele zu den Steuerentzügen in Form eines Vorgriffs auf die künftige Entwicklung zuläßt, wird von maßgeblichen Hypotheken- und Kreditanstalten unter gewissen Voraussetzungen als diskutabel bezeichnet.

Früh übt sich ...



Diese kleinere Reiterin, die aus einer alten englischen Reiterfamilie stammt, hat schon viele Preise auf großen Turnieren gewonnen. Man sieht sie hier im Damenreiter eine Barriere nehmen und hat dabei das Gefühl, das sich dem Zuschauer bei den Leistungen aller guten Hindernisreiter einstellt. Der Reiter hebt geradezu das Pferd über das Hindernis.

1. Beilage

zu Nr. 259 der „Nachrichten für Stadt und Land“ vom Donnerstag, dem 22. September 1932

Aus Stadt und Land

* Oldenburg, 22. September 1932

Landesstheater

Aus dem Theaterbüro wird uns geschrieben:
Heute „Leinen aus Irland“

Nachdem alle, die sich bei der Premiere zum ersten Mal den Kopf darüber zerbrachen, ob die Sache mit dem trübsinnigen in Ordnung sei, und ob nicht dabei eine Verwechselung zwischen Texten und Liebe eine starke Rolle spielen müsse, immer noch nicht feststellen konnten, ob der am Schluss auftauchende Mitropapagen mit dem durchgebrannten Brautpaar mittlerweile in Kairo angekommen ist, werden es viele sein, die heute abend und am Sonnabend, dem 24. September, dieses schwierige Problem lösen wollen.

Zur „Butterfly“-Premiere

Die Bühne im Landesstheater, nicht etwa nur belebt, wenn sich am Abend der Vorhang öffnet, hat sich seit Tagen in eine japanische Landschaft verwandelt. Vorübergehend weichen Haus und Garten der kleinen Frau Butterfly dem Zell und dem biedersten Hans Sachs, um mit jedem Tage vollkommener das Morgen wieder auf der Bühne zu erscheinen, bis sie ihr Geheimnis am Freitag, dem 23. September, zum ersten Male lüftet.

Ihr Auswärtigen-Anrecht im Landesstheater

Ist für Sie bereit! Um 100 Prozent ist das Anrecht in der Stadt Oldenburg gestiegen. Hundertprozentig soll auch die Theaterfreudigkeit im Oldenburger Lande steigen. Trotz aller Schwierigkeiten der Zeiten und jetzt gerade sollen Sie dort Gehör finden, wo die Kunst Sie zugleich bildet und erheitert die Sorgen des Alltags leichter tragen läßt.

Wir brauchen heute Festtage nötiger denn je! Das Landesstheater hat die billigsten Preise von allen deutschen Theatern.

Und es hat das billigste Auswärtigen-Anrecht Deutschlands. Die Ermäßigung gegenüber den Kassenpreisen beträgt 50 bis 40 Prozent, die Fahrpreisermäßigung wie bisher 33 1/3 Prozent. (Die erste Vorstellung für das Auswärtigen-Anrecht findet am 5. Oktober, nachmittags 3.15 Uhr, mit der Operette „Die goldne Weibchen“ statt.)

Den Inhabern eines Anrechts der vorjährigen Spielzeit werden die bisherigen Plätze bis Montag, den 26. September, reserviert. Dies ist aber der letzte Termin! Denn danach muß dem Andrang der Neueinsteiger Plätze zugewiesen werden.

Bühnenvolksbund

In der heutigen Ausgabe werden die Mitglieder, die die Vorstellung am kommenden Sonnabend besuchen, erinnert, daß heute die letzte Gelegenheit ist, die Karten abzuholen. Für die Ausstellung ins Haus, die erfolgt, wenn die Karten nicht abgeholt werden, muß eine Gebühr für den Boten entrichtet werden. Gleichzeitig wird auch die Kartenausgabe für die am nächsten Mittwoch erfolgende Aufführung der „Meisterfänger“ bekanntgegeben. Um Andrang zu vermeiden, der bei der großen Anzahl der Theaterbesucher gerade zum erstenmal entstehen könnte, sind drei Tage für die Verteilung vorgesehen. Es wird empfohlen, die Abholung nicht auf den letzten Tag zu verschieben. Die Geschäftsstelle, Markt 5 I, nimmt noch jederzeit Anmeldungen neuer Mitglieder entgegen. Der Bühnenvolksbund ermöglicht allen, die kein volles Anrecht erwerben können, den regelmäßigen Besuch des Theaters zu außerordentlich günstigen Bedingungen. Man kann noch heute Plätze in jeder Preiskategorie für jede der drei monatlichen Vorstellungen bekommen. Wer sich einen guten Platz sichern will, tut aber gut, sich zu beeilen.

Landesorchester

Vom Landesorchester wird uns geschrieben:

Der Einzelvorverkauf für das am Montag, dem 26. September, stattfindende erste Konzert des Landesorchesters beginnt heute, während die Einzelmeldungen für das Konzert-Anrecht immer lebhaft weiterlaufen und täglich an der Theaterkasse entgegengenommen werden. Die Herrschaften, die bereits ein Anrecht gestiftet haben, werden gebeten, daselbe möglichst bald an der Theaterkasse abzuholen.

Berliner Domchor

Der Berliner Staats- und Domchor, der am Donnerstag, dem 29. September, in der Lambertikirche singen wird, bildet auf eine fast hundertjährige Tradition zurück. Begründet von Friedrich Wilhelm IV., hatte er vorzügliche Musiker als Leiter und Erzieher. 125 Sänger zählt der Chor, darunter 100 Knaben. Aus allen Schulen und Ständen können Domchor zu, aber nur die Jungen, die über ausgezeichnete Stimmen und gutes Gehör verfügen, werden aufgenommen. Als acht- oder neunjährige Kinder kommen sie in die Vorbereitungsstufe, in der sie eine gediegene musikalische und musikalische Ausbildung erhalten. Groß ist die Freude der Jungen, wenn sie mit etwa elf Jahren in den Domchor aufgenommen werden, steht alle Gottesdienste und Konzerte und später auch die Reisen mitmachen dürfen. Während die Zusammenkünfte des Herrndorfs — alles ausgedehnte Sänger — sich wenig ändern, ist naturgemäß der Knabenchor einem ständigen Wechsel unterworfen: sobald die einen Jungen der Stimmwechsel einsetzt, muß er den Domchor verlassen. Seit mehr als zwanzig Jahren steht der jetzige Dirigent, Professor S. u. a. u. d. e. l., an der Spitze des Domchors und hat es verstanden, die Leistungen des Chors zu

höchster Vollendung zu steigern. Ein künstlerisches Ereignis seltenster Art steht zu erwarten. Es wird hoffentlich recht vielen Besuchern zur Freude werden.

Landesmuseum

Das Rathaus

Die Bestrebungen zur Förderung der Kleinfeldung stellen dem Wohnbau neue Aufgaben. Mit der Lösung dieser Aufgaben beschäftigt sich auch die Berliner Ausstellung „Sonne, Luft und Haus für alle“. Man hat versucht, die Anforderungen an den neuen Siedlungsbau nach ihrer Wichtigkeit zu gliedern, wie sie zutage tritt bei der Frage: was für eine Unterkunft braucht der Siedler zu allererst einmal? Diese Fragestellung führt zu dem Begriff des Kernhauses: einer einräumigen Wohnung, die mit dem Wachsen der Bedürfnisse und der Mittel planmäßig erweitert werden kann. Die mannigfachen Vorschläge, die in der Zeitschrift „Jugendreform“ mitgeteilt werden, mögen größtenteils noch zu sehr von den Bedürfnissen des Wochenend-Hauses bestimmt sein; aber sie vermögen zugleich dazu anzuregen, auch für die kleinsten Siedlungsbauten die technischen und hygienischen Möglichkeiten unserer Zeit nutzbar zu machen. Die „Jugendreform“ liegt im Lesezimmer aus, das Sonntags und Dienstags 11–13, Mittwochs 13–18 und 20–22 Sonnabends 15–18 Uhr geöffnet ist.

Die Gehälter der Minister und der Regierungspräsidenten

Die Pressestelle des Staatsministeriums schreibt uns:

In der Öffentlichkeit wundert man sich zum Teil darüber, daß die Gehälter der aktiven Staatsminister und des Regierungspräsidenten in Eutin mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. nur um 3 Prozent gestiegen sind. Dazu ist folgendes zu bemerken:

Als das jetzige Ministerium sein Amt antrat, bezog jeder Staatsminister ein Gehalt von monatlich 1269 RM. Das Staatsministerium hat dann durch Verordnung im Juni die Gehälter der Staatsminister und der oberen Beamten herabgesetzt. Mit Wirkung vom 1. Juli 1932 bezog ein Staatsminister nur noch monatlich 1120 RM. Durch Verordnung vom 22. Juli d. J. fand dann die Gehälter der aktiven Staatsminister und des Regierungspräsidenten in Eutin einer Sonderherabsetzung um 10 Prozent unterworfen worden. Vom 1. August d. J. ab bezog also jeder Staatsminister nur noch 1008 RM monatlich. Der Regierungspräsident in Eutin erhielt seitdem ein Gehalt von monatlich 876,15 RM, während das Gehalt des Regierungspräsidenten in Wirtensfeld noch 1011,45 RM monatlich betrug. Mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. an fand nun die Gehälter erneut gestiegen. Die aktiven Staatsminister erhalten vom 1. Oktober d. J. ab ein Gehalt von monatlich 974,40 RM; der Regierungspräsident in Eutin erhält monatlich 843,75 RM, während das Gehalt des Regierungspräsidenten in Wirtensfeld vom 1. Oktober d. J. an 917,45 RM beträgt. Seitdem das jetzige Ministerium sein Amt angetreten hat, sind also die Gehälter der Minister um 23,2 Prozent gestiegen worden.

Die Antwort des Ministerpräsidenten Röber

Ministerpräsident Röber hat Pastor Göber auf seine Anfrage folgende Antwort gegeben lassen:

Herr Pfarrer!

Durch die Veröffentlichung Ihres an mich gerichteten Briefes haben Sie in der Öffentlichkeit die Behauptung aufgestellt, ich hätte in der Versammlung am Freitag voriger Woche den Oberkirchenrat beschimpft. Ich gestatte mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Sie in der Öffentlichkeit jetzt auch den Beweis für Ihre Behauptung erbringen müssen. Wenn ein Pfarrer in der Öffentlichkeit solchen schweren Vorwurf gegen mich erhebt, muß ich annehmen, daß er auch das Beweismaterial dafür in seinen Händen hat.

Da ich unmöglich alle Tageszeitungen auf die korrekte Wiedergabe meiner Ausführungen hin prüfen kann, verweise ich Sie auf die ausführliche (ungefähr wörtliche) Wiedergabe meiner Rede in der Tageszeitung „Der Freiheitsspiegel“. Aus dieser Wiedergabe werden Sie erkennen, daß ich die Frage des Regenerators Kwami nicht vom religiösen, sondern vom politischen Standpunkt aus behandelt habe. Eventuell aus dem Zusammenhang meiner Ausführungen gerissene Sätze sollten für Sie nicht die Grundlage eines Angriffs gegen mich bilden. Ich habe bisher noch immer zu meinen Worten gestanden und kann durchaus keinen Grund finden, weshalb ich von mir in der Versammlung gebrauchte Worte zurücknehmen soll.

ges.: Röber,

Ministerpräsident und Gauleiter der NSDAP.
Wefer-Emd.

Staatskommissar bei der Norag

Die NSDAP. übergibt uns folgenden Briefwechsel zum Abdruck:

Vor einiger Zeit wurde der Hamburgische Staatsrat Jinn zum Staatskommissar bei der Norag ernannt. Unsere Landtagsfraktion wies ihm daraufhin an den ausschlaggebenden Herrn Reichsminister des Innern mit folgendem Brief:

Sehr geehrter Herr Minister!

Wie wir erfahren, ist der Staatsrat Jinn zum Staatskommissar bei der Norag ernannt worden. Bislang hatte Staatsrat Jinn Einsitz im Programm-Überwachungs-ausschuß der Norag. Ueber die Ernennung des Staatsrats Jinn zum Staatskommissar bei der Norag müssen wir unseren größten Bedauern Ausdruck geben und Protest dagegen erheben, daß ausgerechnet bei der Norag ein unseres Wissens linksdemokratisch eingestellter Mann ausschlaggebenden Einfluß erhalten hat. Wir können nicht glauben, daß der Staatskommissar Jinn die Interessen der Rund-

hörer im Bereich der Norag, zu dem auch der Freistaat Oldenburg gehört, wahrnehmen kann. Gerade in unserem Freistaat setzt sich die Herrschaft der Norag zum überwiegenden Teil aus Nationalsozialisten zusammen. Wir müssen von der Reichsregierung verlangen, daß zu Staatskommissaren bei den Sondergerichten nur solche Männer ernannt werden, die dem Aufbruch der Nation im völkisch-nationalen Sinne gerecht werden können und das Vertrauen der Rundhörer in jeder Beziehung genießen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
ges.: Jodel

Auf diesen Brief hat der Reichsminister des Innern wie folgt geantwortet:

Ich habe keinen Anlaß gefunden, der von dem Senat Hamburg beschlossenen Ernennung des Staatsrats Jinn zum Staatskommissar bei dem Nordischen Rundfunk meine Zustimmung zu verweigern. Auch unter Berücksichtigung Ihres Vorbringens sehe ich mich daher nicht in der Lage, Ihren Einspruch Folge zu geben.
ges.: Reich. v. G. d. l.

Kommentar ist wohl überflüssig.

Dummellaternenumzug der Oldenburger Schullugend

am 30. September 1932

Die große Jugendbewegung anläßlich des Niedersachsentages — denn als solche ist der Dummellaternenumzug zu werten — wird in diesem Rahmen eine besondere, weit über die Grenzen unseres Landes hinausreichende Bedeutung erlangen. Sind es doch einige Hundert der hervorragendsten Führer in unserer Heimatgestaltung und -erhaltung aus dem ganzen großen Gebiet Niedersachslands von Holland bis Dithmarschen, die einen unvergeßlichen Eindruck mit nach Hause nehmen werden von dem voranschreitend auch diesmal sich imponant gestaltenden Zuge der Schullugend mit Dummellaternen. Es sei noch wieder nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Beteiligung gerade auch größerer Schüler und Schülerinnen entsprechend dem Charakter der Kundgebung sehr erwünscht ist. Wenn auch das Dummellaternengehen zwanglos in kleinen Zügen gerade den kleinen Kindern entspricht, so ist es doch in diesem Falle in einem wohlgeordneten Umzuge mehr eine Angelegenheit auch für größere Schüler. Es dürfte zweckmäßig sein, auf die irtümliche Auffassung eines Teils der Jugend hinzuweisen.

Die Zustimmung aller in der kürzlich stattgefundenen anwesenden Vertreter der Oldenburger Schulen läßt auf eine zahlreiche Beteiligung schließen. Es ist absichtlich der große Platz vor dem Ministerium zum Sammeln der Züge gewählt, um genügend Raum für die ganze in Frage kommende Schullugend zur Verfügung zu haben. Allerdings wird auch erwartet, daß alle Schulen nun daran teilnehmen. Einige tausend Teilnehmer sind bereits angemeldet. Die Schulen sind gebeten worden, bis Freitag die Anmeldungen an Herrn Braungardt, Margaretenstraße, zu senden. Die Anmeldung ist dringend erwünscht und erforderlich für die Aufstellung einer genauen Ordnung des Zuges, die dann in den nächsten Tagen den Schulen zugehen wird.

* Das Ministerium der Finanzen macht nochmals darauf aufmerksam, daß ein Hauszinssteuererlaß nur dann eintritt, wenn die Reparaturen bis zum 24. September 1932 ausgeführt sind und der für die Reparaturen geschuldete Betrag bis zu diesem Tage auch bezahlt ist.

* Zu der Sitzung der Wege der Baumen und Angestellten verläutet gerüchelt, daß im nächsten Monat Oldenburg sich vielleicht gezwungen sehe, erneut eine teilweise Kürzung vorzunehmen. Wir empfehlen hierzu an zukünftige Stelle, daß dieses Gerücht unzutreffend ist.

* Die Stadt ohne Wohnungsmangel. Durch eine Verordnung des Staatsministeriums betr. weitere Förderung der Wohnungswirtschaft ist bestimmt, daß als Gemeinde ohne Wohnungsmangel die Stadtgemeinde Oldenburg ab 1. Oktober 1932 gilt. Wir verheißten schon darüber, daß Landtagsabgeordneter Herzog in der Reichstagsversammlung am vorigen Freitag die Mitteilung machte, daß die Staatsregierung eine entsprechende Verfügung erlassen habe.

* Zur Förderung der Winterhilfe und der vorzunehmenden Sammlungen für die Notleidenden hat die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft beschlossen, für die Zeit vom 15. September 1932 bis zum 31. März 1933 wiederum die Freifahrt für die Liebesgaben zu gewähren. Der Wert des Nachschaffens, den die Reichsbahn-Verwaltung für die Winterhilfe des Vorjahres gewährte, erreichte die Summe von über dreiviertel Millionen RM.

* Die Aufstellung der Reichstagskandidaten beginnt. In der Mitgliederversammlung der Bremer SPD. wurde einstimmig Abgeordneter Alfred Faust wieder zum Spitzenkandidaten der SPD. für den Wahlkreis Wefer-Emd. bestimmt.

* Die Beschäftigungsmöglichkeiten für Angehörige haben im Bezirk des Landesarbeitsamtes Niedersachsen im Monat August keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Die Zahl der Arbeitslosen ist zwar im geringen Umfang gefallen, doch ist dieser Rückgang der Zahl nicht auf größere Vermittlungen, sondern darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Ausgeschiedenen und der Personen, die infolge Ausscheidens aus der Unterstützung nach den Ergebnissen der Hilfsbedürftigkeitsprüfung größer wird, die mit einer Vermittlung nicht mehr rechnen und daher das Arbeitsamt nicht mehr aufsucht.

* Sammlungen für ausländische Deutsche. Das Ministerium der Kirchen und Schulen hat an sämtliche Schulen folgendes Schreiben gerichtet: Dem Verein für das Deutschtum im Auslande, Landesverband Wefer-Emd in Bremerhaven ist auf Grund der Bundesratsverordnung



ODOL-ZAHNPASTA

mit Lingner - Gedenk-münzen -... sie haben Kaufkraft.



2. Beilage

zu Nr. 259 der „Nachrichten für Stadt und Land“ vom Donnerstag, dem 22. September 1932

Aus aller Welt

Die Macht der kleinen Anzeige

In dem allgemeinen Wirtswort, der der Befestigung Belgiens durch die Deutschen vorausging, konnte sich eine Belgierin, Frau Coquerel, nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen. Sie wurde auf den Feldern vor den Toren der Stadt umhergetrieben, von einer Patrouille aufgegriffen und mit ihrem Schutzhelm in ein Konzentrationslager gebracht. Kurze Zeit später wurde sie in die Schweiz abgeführt. Hierbei widerfuhr der Bedauernswerten ein böses Mißgeschick. Durch ein Versehen hatte man es unterlassen, auf ihrem Passierschein auch ihren kleinen Lucien zu erwähnen, und der arme Mutter blieb nichts anderes übrig, als ihr Kind einer anderen Gefangenen zu übergeben, nachdem sie ihr alle Anzeichen gemacht hatte, um ein späteres Wiederfinden zu sichern. Zufällig sorgte auch die Pflegemutter für Lucien, so gut es ihr möglich war. Als sie nach einiger Zeit auf dem Austauschwege nach Paris kam, übergab sie das Kind dem französischen Notar Kreuz, berichtete auch genau, wie sie zu dem Kind gekommen war, und war bereitwillig, das davon überzeugt, daß die wirkliche Mutter ihren Sohn wiederfinden würde. Trotz aller Bemühungen hat aber die verweirte Mutter 16 Jahre lang gesucht, ohne auch nur den geringsten Erfolg zu haben, bis sie jetzt in einer Pariser Zeitung die folgende kleine Anzeige las:

Wer sucht Lucien Liébe?

Wurde 1916 im Gefangenenlager von meiner Mutter getrennt. Man brachte sie nach der Schweiz. Wer kennt Fräulein Coquerel? Nachricht unter...

Die Zeitung war mächtiger als alle Behörden, und wenige Tage später waren Mutter und Kind wieder vereint.

Welches ist die richtige Chopin-Zelle?

Ein kurioser Streit ist auf der Insel Mallorca ausgebrochen und durch ein Wagniswort der Regierung vorläufig beendet worden. In dem alten Karibäuer-Kloster dieser Insel verbrachte im Jahre 1839 der große Komponist Chopin mit seiner Freundin, der Dichterin George Sand, und ihren Kindern die Wintermonate, in denen der von der Schwindel suchte ergrißene Meister einige seiner schönsten Präludien schuf. Die Erinnerung an diese berühmten Gäste ist auf Mallorca noch sehr lebendig und läßt auf die zahlreichen Besucher einen romantischen Reiz aus. Das Kloster ist jetzt in Privatbesitz, und die einstigen Zellen der Mönche haben verschiedene Eigentümer. Mindestens drei dieser Zellenbesitzer haben nun ihre Zelle für die allein echte, in der Chopin gelebt und geschaffen habe. Einer von ihnen hatte die Zelle Nr. 4 mit „Chopins Flügel“ ausgestattet und mit einigen Aquarellen des George Sand, Maurice, geschmückt. Die zahlreichen Besuche, die diese Zelle erhielt, und die Eintrittsgelder, die bereitwillig für die Besichtigung bezahlt wurden, ließen den Besitzer von Zelle Nr. 2 nicht ruhen, bis er in seiner Zelle ebenfalls ein Klavier aufgestellt hatte, das er für das authentische Chopins erklärte, und wie er behauptete, Nr. 2 sei die einzig richtige Chopin-Zelle, so tat

baselnde der Inhaber der Zelle von Nr. 3, der allerdings auf die Anschaffung eines „echten“ Chopin-Flügels verzichtete. Der Gouverneur von Mallorca unterlagte daher kurzerhand den Besuch der drei Chopin-Zellen, und die Befestigung der Sehenswürdigkeit wird erst wieder möglich sein, wenn das Spanische Chopin-Komitee, dem die Unterjuchung der Angelegenheit übertragen worden ist, eine der Zellen als die richtige und echte festgelegt hat.

Mit einer Angel im Herzen am Leben

Als ein medizinisches Wunder, das die gesamte Welt vor ein unlösbares Rätsel stellt, lebt in einem Londoner Spital die 21jährige Phyllis Howard mit einer Angel mitten im Herzen. Sie wurde in einer Londoner Straße mit einem Herz und einem Rückenstich neben ihrem gleichfalls verwundeten Bräutigam schwerverletzt aufgefunden. Das Paar hatte aus Viebsthumer aus dem Leben scheiden wollen. Beide wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Bräutigam ist auf dem Wege der Besserung, aber auch Phyllis Howards Herz schlägt weiter. Sie befindet sich den Umständen entsprechend wohl. Die Ärzte konnten die Angel bald lokalisieren, aber mußten davon absehen, sie operativ zu entfernen, da dies zweifellos den Tod der Patientin zur Folge gehabt hätte. Phyllis Howard wird, wenn sie — was gesichert erscheint — wieder völlig hergestellt wird, mit der Angel im Herzen weiterleben müssen. Die Angel bewegt sich beim Schlagen des Herzens mit dem Herzrhythmus auf und ab.

Kläger und Beklagter verfahren sich... und alle Zeugen werden eingeschert

Das ist wohl noch nicht passiert: daß sieben Zeugen auf einen Hieb eingeschert werden, während Kläger und Angeklagter frohgemut und verbündet aus dem Gerichtssaal gehen. Dieser eigenartige Fall hat sich dieser Tage im mährischen Bezirksgericht Prohork ereignet. Zwei Schneidermeister hatten sich bei einer nachbarlichen Auseinandersetzung eine Menge Grobheiten gesagt und stießen nun zum Klau, um Sühne für die Beleidigung zu suchen. Es kam zur Verhandlung, jeder ließ seine Zeugen aufmarschieren, und nachdem die Sache soweit geblieben war, daß ein Urteil gefällt

werden konnte, begruben die beiden Kampfparteien feierlich das Streitbeil und verließen Arm in Arm den Verhandlungssaal. Weniger gut erging es den sieben Zeugen, die von den Prozeßgegnern geführt worden waren. Der Vorlesende sah sich genötigt, alle sieben in Unterjuchungshaft zu nehmen. Ihre Aussagen waren voneinander so verschieden und enthielten so haarsträubende Widersprüche, daß man ihnen auf hundert Schritte den Meinel ansetzte. Und so wurden die braven Zeugen alle der Reihe nach abgeführt. Inzwischen saßen die beiden Schneidermeister im benachbarten Wirtshaus und feierten beim kühlen Pilsener ihre endgültige Versöhnung.

In fünfzehn Jahren fünfzehn Kinder

Eine kinderreiche Familie ist die des Fischers Reinecke am Holm (Schleswig). Ihr wurde das 15. Kind geboren, nachdem im vorigen Jahre ein Zwillingpaar das Licht der Welt erblickt hatte. Insgesamt hat die Mutter fünfzehn Kinder geboren, von denen noch 14, und zwar zehn Knaben und vier Mädchen, am Leben sind. Das älteste Kind ist erst 14 Jahre alt, während vier noch im Kinderwagen liegen. Die Not in der Familie ist groß, da der Vater nur einen sehr dürftigen Verdienst hat.

Refordung eines Altonaer Fischdampfers

Wie das Presseamt in Altona mitteilt, hat der Dampfer „Altand“ mit 269 080 Pfund Gerlingen den größten Gang zu verzeichnen, der je einem deutschen Fischdampfer gelungen ist. Der Durchschnitt der Fischdampferjänge beträgt augenblicklich 114 000 Pfund.

Sepra in Styrupen

Wie erst jetzt bekannt wird, wurde am Sonntag in das Kreisstrafgefängnis in Seinschwalde (Styrupen) eine Frau eingeliefert, bei der nach dem klinischen Befund Sepra (Lus) festgestellt worden ist. Die Krankheit wurde vom preussischen Untersuchungsamt in Gumbinnen bestätigt. Es handelt sich bei der Kranken um eine alte Frau, die in einem einsamen und halbverfallenen Häuschen in der Nähe von Seinschwalde wohnte und fast gar keinen Umgang mit Menschen hatte, zumal sie geistig nicht ganz normal ist. Die Frau selbst nach ihren eigenen Angaben bereits seit 32 Jahren an diesem Ausfall. Es wurden alle Vorkehrungen getroffen, um eine Weiterverbreitung dieser gefährlichen Seuche zu verhindern.

Teetrinken.... noch zeitgemäß?
Tawohl! Tee ist ja ein so billiges Getränk:
Die gute Tasse Tee für 1 Pfennig..
wenn's Omd Behrend's Tee, der Ergiebige,
ist, geht's wirklich so billig.....

Jeder ist verdächtig

Mädel um den Tod des Malers von der Straat
Von Reinhold Eichard

Copyright 1930 by Promethee-Verlag, München-Gröbenzell
16 Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

... tot in der Zelle...

Morgen — war auch der Schmerz, den er fühlte, die Räte, das Grauen. Morgen — war auch das Blut an den Händen, der Galen am Fenster; der leberne Glanz, den er zitternd durch alle Schläfen des Weinfleides hindurchzog und um seine Fäustel schlang. Morgen — war Dämmerung — Nebel — und Stille...

Morgen war auch die Stimme des Kommissars Schulz der Abteilung für Gifttötungen: „So! Jetzt bringen Sie mir mal das Mädelchen — den von heute nacht, Krämer!“ sagte sie gutgelaunt zu einem Schutzmänn, der schmunzelnd hinausging.

Nach kaum zwei Minuten kam Krämer aufgeregt wieder ins Zimmer. Der Kommissar runzelte fragend die Brauen: „Na — wo bleibt der Bengel?“
Der Polizist presste die Hand an die Nase. „Der Arrestant Salus — hängt tot in der Zelle...“

Landgerichtsrat Kettler legte die Akten von der Straat geordnet vor sich und schaute fragend Assessor Till an, der eben mit Referendarin Klarenbach die Briefe studierte, die den Fall betrafen. Die Post hatte schon ganze Stöße gebracht. Die Briefe belagerte draußen die Gänge. Kettler mußte einen Gerichtsdiener einstellen, um Ordnung zu halten und sich vor Störung zu sichern.

„Nehmen wir anfangen, lieber Kollege?“
Assessor Till nickte. „Von mir aus — jederzeit.“
„Baron Selmut v. Hellern!“ rief Kettler zum Diener, der den Ruf hinausschickte.

Unter den Journalisten entstand schnell Bewegung. Man redete die Köpfe. Vom Gangenherb löste sich die schlanke, schmeigsame Gestalt des Gerstenfeld, in gemerktem Satz und hellen Sammeten, und verschwand in der Tür, die ihn gleich verschluckte.

Baron v. Hellern machte den Herren des Untersuchungsgerichtes eine leise Verbeugung. Sein interessantes, hübsches, gebrauchtes Gesicht war heiter und sorglos, als habe man ihn: als Gast einer Modisch oder eines Kneipens geladen. Verbindlich lächelnd, nahm er sich sofort mit einem flüchtigen „Dorf ich, meine Herren?“ einen Stuhl und setzte sich, ohne auf Antwort zu warten. Darauf zog er sorgsam das Weinfleisch an die Nase.

Um Kettlers Mund spielte ein drohendes Zucken. „Wir kennen uns ja, Herr Baron, schon aus früherem Anlaß?“ meinte er in ironischem Tonfall.
Der andere neigte sich ein wenig vorwärts. „War mir stets ein Vorzug, Herr Landgerichtsrat.“

Kettlers Bleistift machte einen Sprung aus den Akten. „Sie wissen wohl schon, um was es sich handelt?“

Das Gesicht von Hellerns blieb gleichmäßig freundlich. „Nein — leider nicht. Zum Ratens fehlt mir bedauerlicherweise jede Begabung.“

„Dann werde ich es Ihnen sagen!“ meinte Kettler in erhabenem Tone. Obwohl er die Art des Barons schon gewöhnt war, verdroß sie ihn wieder. „Nennen Sie diesen Brief hier?“

Der andere stand höflich vom Stuhl auf und sah das Papier an, das Landgerichtsrat Kettler ihm hinreichte. Ohne ein Zeichen der Unruhe las er es langsam. „Aber gewiß, Herr Landgerichtsrat. Der Brief ist von mir.“

„Nicht, daß Sie das zugeben!“
Der Brief!

„Warum sollte ich nicht?“ Hellern war offenbar ehrlich erstaunt.

„So... Wissen Sie vielleicht auch, was das hier ist?“
„Ja — natürlich, ein Brief.“

„Nein — eine Erpressung ist das, besser Herr!“ rief Kettler empört.

Baron von Hellern verzog kurz den Mund. Er war sichtlich gekränkt. Aber er lächelte gleich wieder verbindlich. „Ich weiß, daß die Herren vom hohen Gericht ein Vorurteil gegen mich haben. Immer wieder legen Sie meinen harmlosen Briefen Bedeutungen bei, die nicht in ihnen sind. Es war mir auch leider nicht möglich, Sie zu überzeugen —“

Kettler sah aufrecht. „Wollen Sie mir vielleicht freundlichst sagen, was es für einen anderen Zweck haben soll, als den einer Erpressung, mit Ihrer Kenntnis von den von der Straat heimlicher Diebstahl zu drahlen?“

Hellern furcht sich sorgfältig das Weinfleisch. „Herr Rat sieben pathetische Worte. Ich habe nicht gekraft, sondern einfach geschrieben, was ich von ihm wußte. Ich habe nichts erpreßt; denn dazu fehlt doch ein Forderung und irgendein Vorteil. Sie sind Jurist, Herr Rat, und wissen, was zu einer Erpressung gehört. Wenn jeder ein Erpresser sein sollte, der dem anderen sagt, daß er von ihm was weiß — ja, um Gottes Willen — Sie sagen mir doch auch, daß Sie von meinem Brief etwas wissen, und machen sogar noch ein böses Gesicht dazu! Ist das denn Erpressung? Ich würde mir nie diese Unhöflichkeit erlauben!“

Assessor Till hob schnell den Aktenband hoch, um sein Lachen zu deden. In Kettlers Gesicht suchte es weiterleuchtend. „Ich frage Sie nochmals, Herr Baron, welchen Zweck Sie damit verfolgen, Herrn von der Straat von diesem Wissen zu schreien.“

„Ich nahm an, daß es ihn interessiere. Es liegt meinem offenen Charakter nun mal nicht, Geheimnissen zu haben. Warum soll ich nicht sagen, was ich wirklich weiß? Warum immer Waschen?“

„Und darum besetzten Sie von der Straat in ein Kaffeehaus?“
„Gewiß. Ich fürchtete, ihn in der Wohnung zu finden.“

„Kam Herr von der Straat in das Café?“

Hellern bemerkte ein winziges Staubfädchen auf seinem Kermel und schnippte es vorsichtig fort, mit zwei Fingern. „Leider nein“, meinte er bedauernd.

„Hat er Ihnen Geld angeboten oder geschickt?“
Der Baron lachte erkaunt, wie bei einem Scherz. „Mir Geld angeboten? Ja, wie käme er dazu?“

Kettlers Stuhl schlug Generalmarch auf dem Aktenbettel. Er warf einen hilflosen Blick zum Assessor hinüber.

Till nickte kaum merklich. „Nicht Baron, Herr von der Straat, tot ist?“
Zum erstenmal wurde Hellern ein wenig nervös; aber nur für Sekunden. „Leider, Herr Assessor“, nickte er kurz. „Aber ich konnte natürlich nicht wissen, als ich diesen Brief schrieb, daß er sterben würde.“

„Er wurde ermordet!“ ergänzte Till drohend.
„Auch das steht mit meinem Brief nicht in Verbindung.“

„Hm“, machte Till nur. „Wenn man aber zufällig einen Mörder zu suchen hat, Herr Baron von Hellern, dann werden Sie verstehen, daß man zunächst mal nach einem Motiv fahndet. Und nach einem Feind. Wieser fand sich nun eine Drohung: der Brief hier.“

Der andere wechselte flüchtig die Farbe. „Meine Herren“, sagte er, plötzlich erregt, „ich hoffe nicht, daß das bedeuten soll, daß Sie mich etwa gar für einen Mörder halten. Das geht denn doch zu weit! Ich muß da protestieren. Bei allem Verständnis für Ihren Beruf und für Ihre Amtspflicht —“

„Bitte, beschwören Sie sich nicht mit den Sorgen um unsere Amtspflicht!“ verwies Till ihn ruhig. „Ich wollte Sie nur darauf aufmerksam machen, daß Sie diesen Brief, den Sie selbst als von Ihnen geschrieben bezeugen, im Schriftstück eines Ermordeten fand, und daß dadurch leicht die Vermutung entsteht oder selbst ein Verdacht, daß irgendwie da doch ein Zusammenhang sei. Wir haben niemals gesagt, daß Sie ein Mörder sind. Aber vielleicht haben Sie ein Interesse daran, zu beweisen, daß sich dieser Brief hier ganz harmlos erklärt.“

Baron von Hellern fand plötzlich wieder sein früheres Lächeln. „Die Herren verkennen offenbar meine Tätigkeit als Privatmann. Die Aufgabe, etwas zu beweisen, überlasse ich Ihnen. Ich habe kein Interesse daran, mich der Falsch irgendwie zu widersetzen. Ich will ihr nur dienen. Wenn es verboten sein sollte, einen Brief zu schreiben, an einen Menschen, der später zufällig stirbt, oder einem anderen offen zu sagen, was man von ihm weiß, oder ihn in ein Café einzuladen — wenn das verboten sein sollte, meine Herren, so siehe ich Ihnen selbstverständlich zur Verfügung. Dann, bitte, verhaften Sie mich noch in dieser Minute!“

Seinen Worten fehlte jede höfliche Betonung. Nur seine Augen fokussierten leicht über die Fische hinweg mit der Referendarin. „Haben Sie sonst noch eine Frage?“ meinte er, sich erhebend.

(Fortsetzung folgt)

Unterhaltung und Wissen

Unterhaltungsteil der „Nachrichten für Stadt und Land“

Nummer 259 / Donnerstag, 22. September 1932

Unser Mufentempel

Von
Georg Linnenmann, Oldenburg

Schon vor der Errichtung eines eigenen Theaters nahm Oldenburg an den Aufführungen reisender Truppen, die hier vorübergehend spielten, sehr lebhaften Anteil, daß z. B. die Kunngesellschaft der Theatergesellschaft sich am Schluß der Spielzeit 1750 verabschiedete, durch ein „Schuldiges Dank- und Ehrenopfer“ sich zu verabschieden und mit den letzten Zeilen zu versichern: „Wir rühmen, so lange sich die Zunge regt, daß Oldenburg der Bühn in uns sehr wohl getan.“ Liegt der Gedanke auch nahe, daß mit diesen Schlussworten auch der Ruf nach dem Wiederaufbau anderer Städte, in denen die Truppe spielte, geäußert wurde, und daß man damit lediglich eine äußere Höflichkeit erfüllte, so trat ihr Substanz doch für Oldenburg vollberechtigt zu.

Die Freude am Theater in unserer Stadt ließ sehr bald den Wunsch aufkommen, ein eigenes Theatergebäude zu besitzen. Waren die Wege zur Errichtung dieses Ziels zunächst noch unübersichtlich, so nahm der Gedanke bald greifbare Formen an, als Oldenburg Hauptstadt des neu gegründeten Herzogtums wurde. Man half sich damit, daß man einen größeren Saal bei dem früheren Neuenhause vor dem Heiligengeisttor zu einem primitiven Theater mit etwa 300 Sitzplätzen umbaute. Dadurch war es möglich, mehr als in früheren Jahren gute Schauspieltruppen nach Oldenburg zu ziehen. In diesem Gebäude besuchte auch das großherzogliche Paar Vorstellungen der Zünglingchen Theatergesellschaft.

Der Gedanke eines stehenden Theaters bekam neuen Antrieb durch die Schrift: „Ueber die Möglichkeit der stehenden Bühnen in kleinen Städten in Rücksicht auf die Stadt Oldenburg.“ In dieser Schrift macht der Verfasser W. Paulsen, ein früherer Schauspieler, der sich in Oldenburg als Hauskünstler niedergelassen hatte, bemerkenswerte Vorschläge, die aber zur Verwirklichung hatten, daß die großherzogliche Kasse zweitausend Thaler bewilligen müsse. Dieser Plan konnte nicht durchgeführt werden.

Als die Franzosen unser Herzogtum besetzten, genährte ihnen ansehnlich das vorhandene Theatergebäude nicht; sie richteten daher die Weibahn im Markt zu einem Theaterum der, der längere Jahre seiner Bestimmung gedient hat. In ihm verkehrte am 15. August 1812 eine Festvorstellung des Kaiser Napoleons; in ihm begrüßte in einem Festkonzert die Oldenburger Bevölkerung die bedeutenden Komponisten und Dirigenten Louis Spohr und Raffi, den Lehrer unseres ersten Hofkapellmeisters August Wolf.

Nach Beendigung der Franzosenzeit, als Herzog Peter Friedrich Ludwig in sein Land zurückkehrte, wurde die Weibahn dem ursprünglichen Zweck wieder dienlich gemacht und kam desfalls noch in besonderen Fällen als Theaterum in Frage. Aus diesem Grunde baute von Harten seinen Kongressaal an der Langen Straße (am Platz des heutigen Solses Hofes) zu einem Theater um und gab der Bremer Truppe die Möglichkeit, Aufführungen darin zu veranstalten.

Wer auch jetzt tief die Theaterfrage die Bürgergeist nicht zur Ruhe kommen. Oldenburg war die Hauptstadt eines Großherzogtums geworden, und man hatte den schneidenden Wunsch, ein eigenes Theater zu besitzen. Der energische Verfasser und eifrige Förderer dieses Plans war bekanntlich der Hofrat Starckhoff. Bereits 1830 entwarf er den Plan einer Alltagsgesellschaft mit 80 Mitgliedern, die je hundert Thaler beitragen sollten. Mit einer Summe von 8000 Thalern hoffte man, einen Neubau ausführen zu können. War die Theaterbegeisterung der Bevölkerung auch groß, so war sie doch nicht infolge, diese Summe aufzubringen. Als der Plan daran scheiterte, hatte Oldenburg noch lange auf ein eigenes Theatergebäude warten können, wenn nicht der Zimmermeister Wud mit seinem Unternehmungsgeist auf eigene Rechnung ein Theaterbau errichtet hätte.

Das neue Theater erhielt seinen Platz rechts vom heutigen auf einem Teil der alten Stadtbefestigung am Ausgang der Gaststraße, die damals den Namen „Lende-Ruden-Wall“ führte. Durch Schließung des Walled war hier ein freier Platz geschaffen worden. Diese Bühne war ein einfacher Bretterbau und sollte auf zwei Jahre als Kunsttempel dienen. Während dieser Zeit hoffte man, Mittel und Wege für einen massiven Neubau gefunden zu haben. Wud, der sein Werk am 6. November 1832 begann, stellte das Gebäude in 82 Tagen fertig. Jetzt besaß man zwar ein neues Theater, aber das Publikum hatte zur Festigkeit des Baus kein großes Vertrauen. Um diese Zweifel zu zerstreuen, riefte ein Hauptmann, ein eifriger Verehrer des Theaters, nach einem Uebungsstück mit seiner Kompanie von 150 Mann selbstmännlich auf die Galerie und bewies dadurch, daß man ohne Lebensgefahr das Theater besuchen konnte.

Die Eröffnungsvorstellung am 21. Februar 1833 bot nach einem von Starckhoff verfaßten Prolog die Aufführung der komischen Oper „Der Schmeck“ von Aubert.

Nach zwei Jahren zeigte der Bretterbau starke Risse, auch war die Isolierung durch Torf nicht ausreichend, um die Kälte des Winters genügend abzuhalten.

Im Sommer 1834 griff nunmehr der Großherzog selbst ein und erwarb auf Vorschlag des Hauptmanns Schorff das Theatergebäude. Es erhielt eine neue Fundamentierung und eine wirkungsvolle Vorderfront; mit Backsteinen, Zelm und Torf wurde es gut ausgebaut und isoliert. Die Bauarbeiten erforderten eine Summe von 7000 Thalern. Im Laufe des Sommers 1836 bekam dann das Theater durch Umbau den endgültigen Form, in der es fast fünfzig Jahre bis 1881 geblieben hat.

Nach dem glücklichen Verlauf der Kriege 1870/71 beschloß die Stadt ein eigenes Theaterneubau. Die bisherigen Kunstfreilebte. Die großherzogliche Theaterkommission hatte bis 1881 bereits einen Baufonds von 25 000 Thalern gesammelt. Die Durchführung des Plans ist in erster Linie dem Landtagsabgeordneten Gerhard Althorn aus Zadenauwendisch zu verdanken. Als dieser die Antisemitismus des Großherzogtums für seine Idee nicht gewinnen konnte, wurde er es durchzusetzen, daß der Landtag sich der Angelegenheit annehmen und für den Bau aus den Mitteln der transproffischen

Kriegsentfaltung 100 000 RM bewilligte. Als daraufhin auch die Stadt Oldenburg dieselbe Summe bereitstellte, war der Neubau gesichert.

Nach dem am 10. Februar 1879 zwischen der großherzoglichen Theaterkommission und dem Stadtmagistrat abgeschlossenen Vertrag hatte die Stadt als Bauherr im Frühling mit dem Bau zu beginnen.

Der Plan des neuen Theaters war nach dem Vorbild des Altenburger Hoftheaters vom Baumeister W. Schnittler entworfen. Das Haus sollte mindestens 900 Sitzplätze haben.

Nach dem Vorschlag hoffte man mit einer Summe von 300 000 Mark einschließlich des Aufwands für die innere Einrichtung und Ausschmückung auszukommen, in Wirklichkeit wurde sie aber überschritten. Der Rest der Summe wurde von der Stadt durch eine Anleihe aufgebracht, zu deren Verzinsung und Amortisation die großherzogliche Theaterkommission jährlich 5000 Mark zu zahlen hatte. Eigentümerin des Gebäudes wurde die Stadt. Die Theaterkommission hatte bis zum Abtrag der Anleihe das Recht der unentgeltlichen Benutzung, mußte aber die Feuerversicherungsgebühren und die Unterhaltung des Gebäudes tragen. Nach Belegung der Anleihe sollte über die fernere Benutzung des Theaters eine neue Vereinbarung mit der Stadt getroffen werden; ebenfalls verpflichtete sich die Theaterkommission, das Gebäude der Stadt in gutem Zustande zu überliefern. Daraus erwuchs der Stadt jedoch keine Verpflichtung zur Weiterführung.

Das alte Theater schloß seine Pforten am 28. April 1881 mit dem „Sommerstraßraum“, der durch die Mit-

wirkung des Bremer Ballets besonders festlich gestaltet wurde.

Wir brauchen uns unseres ersten Hoftheaters wahrlich nicht zu schämen, denn unsere stolze Nachbarstadt Bremen besaß als ersten Theaterbau — wie ein Bild im Hofmuseum zeigt — auch nur einen einfachen Holzbau.

Die Einweihung des neuen Hauses erfolgte am 8. Oktober 1881. Sie wurde eröffnet mit einer Hofkapellmeister Albert Dietrich komponierten Festouvertüre, der ein Prolog von Reinhard Wolfen, dem Sohne des Dichters, folgte. Die Ouvertüre zur Oper „Iphigenie“ von Gluck bildete die Beileitung zur Aufführung des Schauspiel „Iphigenie“ von Goethe.

Nur zehn Jahre konnte dieser Bau seiner Bestimmung dienen. Am 25. November 1891 brannte das Theater vollständig ab. Um das Ensemble nicht brotlos werden zu lassen, fanden die Theateraufführungen und Konzerte der Hofkapelle in einem auf dem Cäcilienplatz errichteten Zelt statt.

Der Wiederaufbau des Theaters wurde am 23. August 1892 in Angriff genommen und so gefördert, daß die Einweihung 1893 am 8. Oktober, dem Einweihungstage des alten Theaters, erfolgen konnte. Zur Feier des Tages komponierte Ferdinand Manns, der Nachfolger von Albert Dietrich, einen Festmarsch, der den Abend eröffnete. Nach einem wieder von Reinhard Wolfen gebildeten Prolog folgte als Festaufführung Shakespeares „Kaufmann von Venedig“.

Das Oldenburger Programm

Eine neue Zeitschrift zur Heimatgestaltung. Die Schulische Verlagsbuchhandlung, Rudolf Schwarz, in Oldenburg gibt unter dem obigen Titel soeben das erste Heft einer neuen Zeitschrift heraus, die sich dem Dienst nicht bloß an der Heimatpflege, sondern auch der Heimatgestaltung zur vornehmsten Aufgabe macht. Wie das Gedacht ist, geht aus Geleitworten des verantwortlichen Schriftleiters Victor Schwarz hervor, der das Heimatliche im Rahmen der gesamt-kulturellen Entwicklung betrachtet, wie sie sich in unserer Gegenwart als eine „soziale Krise“, als ein „Umbruch“ zu einer neuen Zeit hin vollzieht. „Sehen wir in dem Ablauf der Geschehnisse die Reaktionen einer alten Zeit, dann wollen wir für das Neue vorbereiten...“ In der Erkenntnis dieser inneren Verpflichtung treten wir an die Öffentlichkeit und wollen durch das Oldenburger Programm für die Zukunft unseres Volkes im landschaftlichen Rahmen mit einem Bemühen wirken. Unser Programm ist die Gestaltung des heimatischen Raumes und die Eingliederung aller kulturellen Fragen in den Rahmen unserer Landschaft.“ In diesem Sinne sollen in den Begriff der Heimatgestaltung nicht nur Heimatbewegung und Heimatforschung, sondern auch Kunst, Theater und Malerei mit einbezogen werden.

Eine Ergänzung erfahren diese leitenden Ausführungen durch einen „offenen Heimatbrief“ von Heinrich Diers, der sich gegen die „Heimatlosigkeit“ wendet. Sie sei der schlimmste Fehler, in den der Heimarner verfallen könne: das Sichabspalten vom Leben der Zeit, das einseitige Sichverwinnen in Ueberlieferung und liebliche graue Vergangenheit. Heimatgestaltung will Gegenwart: „Heimat steht nicht nur in alten Trüben und windstiefen Schafällen, sondern auch in Wildblumen und siegelbedeckten Amlerbauernhäusern unserer Tage... Heimat ist Alltags-schweiß...“ In ein handfester Gebrauchsamer, seine verschörfte Alltagschrift. Die Heimatbewegung marschiert nicht, aber sie sollte, sie sollte marschieren: Marsch ist nicht Stillstand und Rückgang, sondern tatmäßige, zielstrebige Bewegung.

Der Maler Alt-Verlins

Zum 125. Geburtstag Theodor Hofemanns am 24. 9.

„Greichen, geh' hinaus! Das Bild ist von Hofemann!“ Diese Worte, die eine um die Unschuld ihrer Tochter besorgte Mutter dem lieblichen Kinde bei Betrachtung eines neuen Gemäldes zurief, sind ein alter Witz aus den „Alten“, sie haben den Namen des „unaussprechlichen“ Meisters lebendig erhalten.

Heute denkt man schon längst nicht mehr bei seinem Namen an die „Unausprechlichen“, sondern Meister Hofemann ist als tüchtiger Maler und vor allem als geistreicher Zeichner anerkannt, der uns die gemüthliche Welt des Berliner Wiedemeiers in zahllosen Bildern und Bildern überliefert hat. Wie sein größerer Nachfahre und Geistesverwalter Adolf Menzel hat sich auch Hofemann aus größter Armut und dem gewöhnlichen Handwerksbetrieb zum echten Künstleremporgerungen. Als Sohn eines süddeutschen Kriegs-Veteranen und einer märkischen Bürgerstochter vereinigte er in sich brandenburgischen Wirklichkeitsinn mit süddeutschem Humor.

Hofemann ist schon als Kind jede freie Minute und jedes leere Zündchen Papier benutzt, um zu zeichnen, so mußte er als 15jähriger bereits in Düsseldorf, wo die Familie wohnte, in einer lithographischen Anstalt den Unterhalt für die Seinen mitverdienen. Mit einem Teilhaber dieser Firma siedelte er als 20jähriger nach Berlin über und blieb der preußischen Hauptstadt dann durch ein halbes Jahrhundert bis zum Lebensende treu.

Lange Zeit hatte er es schwer, sich durchzubringen. Er mußte Illustrationen für Jugendchriften, das Stück zu 10 bis 20 Mark, liefern, und auch für seine entscheidenden Festarten bekam er nicht mehr. Die Delibier und Aquarelle, die er in seinen Mußstunden malte, fanden nur wenige Liebhaber, und so verdiente er sich schließlich sein Brot hauptsächlich durch Zeichenstunden in den obliegenden Kreisen Berlins, bis er als Professor der Zeichenklasse der Akademie ein sorgenloses und beachtliches Alter genießen durfte.

In einigen Jahren umschloß die Hofmanns, hauptsächlich auf die 6000 graphische Blätter gefaßt, hauptsächlich lithographischen, daneben an 500 Gemälden, noch eine größere Zahl von Aquarellen und eine unendliche Menge

von Handzeichnungen, die die Sicherheit seiner Beobachtung, die Feinheit seines Strichs und Geschnadts vielleicht am besten zeigen. Für die Kulturgeschichte Berlins hat er einen außerordentlich reichen Ansehungsstoff geliefert.

Er hat eigentlich erst für die bildende Kunst den „richtigen Berliner“ in seiner unwürdigen Lebensart und seinem schlagkräftigen Witz entdeckt. Was er auf der Straße sah, hielt er im Bilde fest: Schusterjungen und Droßkutscher, Gemüseweiber und Dienstmädchen, Handwerker und Soldaten, Fuhrleute und Lateralführer. Daneben auch die feinere Welt der eleganten Herren und Damen, vor allem aber das romantische Geblüht der Landfreier und Rembrandt. In der Schilderung dieses „vierten Standes“ erhebt er sich über den billigen Späß ins Groteske, ja Pathetische, und diese Begegnung für das Dämonische und Fantastische, der er wohl seine künstlerisch stärksten Wirkungen verdankt, entfaltet sich auch in den besten Illustrationen, die ihm gelungen sind, so in den Bildern zu den Dichtungen E. T. A. Hoffmanns, zu Chamisso's „Peter Schlemihl“, Zimmermanns „Lullifanten“ u. a. Sieht er hier ebenfalls neben den besten deutschen Illustratoren, so ist er als der eigenartige Schöpfer der deutschen Jugend-Illustrationen zu betrachten, der der Jugendchrift eine künstlerische Ausgestaltung verlieh. Theodor Hofemann, der Maler Alt-Verlins, war ein lebens- und schaffensfroher Mensch, der in bescheidenen Stille neben der vielen Brotarbeit auch noch seine Kunst austreiben lassen konnte. Und so wird das Beste, das er geschaffen hat, weiter fortleben.

Dr. h. c. Selma Lagerlöf

Die Universität Kiel hat Selma Lagerlöf die theologische Ehrendoktorwürde verliehen. In dem am hundertsten Jahrestage der Gründung des Ostia-Adolf-Vereins ausgerichteten Festsymposium heißt es, daß die Dichterin in der Darstellung des religiösen Lebens seines Verständnis für dessen mannigfaltige Reigungen gezeigt und den Sinn für das Ewige dadurch geweckt und gestärkt habe.

Ein Komponist hatte in seiner Villa eine komplizierte Alarmvorrichtung gegen Einbruch angebracht. „Wenn jemand herein will“, erklärte er, „klingelt es im ganzen Haus.“ „Großartig“, meinte ein Besucher, „aber nicht dich denn nicht die ewige Klingel — beim Komponieren?“

Von Dr. Kurt Zahndé

In der Tat liegen die Dinge nun so, daß zwar stets selbst

In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank teilte Reichsbankpräsident Dr. Luthmer mit, daß das Direktorium der Reichsbank beschlossen hat, den Diskontsatz von 5 auf 4 % und den Lombardsatz von 6 auf 5 % mit Wirkung vom 22. September ab zu ermäßigen. Die letzte Ermäßigung der Sätze um je $\frac{1}{2}$ % erfolgte am 28. April d. J.

Begründung der Reichsbank zur Diskontföhrung

Der Zentralausfchuss der Reichsbank hat in feiner geistigen Sitzung am 22. April des Reichsbankdirektoriums, dem Reichsfönstanz- und Reichsmünzrat, dem Reichsgericht und dem Reichsausschuss für die Verwaltung vom 22. September um je 1% auf 4 bzw. 5% zu ermäßigen, nach Begründung durch den Reichsbankpräsidenten Dr. Luitprucht zugeföhmt. Durch die Befreiung des bisherigen geföhrlichen Hindernisses für eine Unterzeichnung des Diskontföhrung von 5% erteilt die Reichsbank nunmehr die rechtliche Möglicheit, auf dem bisher von ihr verfolgten Weg, der deutlichen Wirtschaft auch von der Zinsseite her jede nur mögliche Erleichterung zu gewähren, weiterzuföhren. Sie konnte sich zu der nunmehr vernünftigen Zinsföhrung um so eher entschließen, als seit der letzten Sitzung am 28. April erfolglos Bemühungen der Reichsbankdirektion waren, die Reichsbank in eine weitere Erleichterung erfahren hat, die Verfüllung an den deutlichen Geldmärkten fortgeschritten ist und auch an den früheren Plätzen des Auslandes neue erhebliche Ermäßigungen der offiziellen Raten erfolgt sind.

Noch im März lag sich der Verband Deutscher Fahrradteile-Fabrikanten genötigt, in einer Denkschrift an die Reichsregierung seine schwierige Lage darzulegen, die vor allem durch die ungunstige Entlohnung der Auslandsarbeitskräfte und die im Januar des Jahres 1930 entfallenen Zuschläge von 20 Prozent (1930 lagen die Preise für deutsche Fahrradteile unter den Weltmarktpreisen und sanken später noch weiter. 1926 betrug der Ausfuhrwert eines Kilogramms Fahrradteile 2,50, 1929 nur noch 2,20 und 1931 2,02 RM). Nicht anders war die Situation im Bereich des Fahrradbaus, der daher, wie der Verband feststellte, außerordentlichen Maßnahmen zum Selbstschutz der Arbeitskräfte bedürftig war. „Amphibienstände“ genannt, als Maßnahmen, die infolge der Uneinigkeit innerhalb der Industrie nicht zu einem wirksamen Erfolge führen konnten. Das Zustandekommen eines Syndikates, durch das allein eine gewisse Preispolitik durchgesetzt werden konnte, wurde als nicht leicht geachtet. Nummer kann, im Hinblick auf die allgemeine leichte Wirtschaftsdepression, auch die deutsche Fahrradindustrie eine merkwürdige Besserung ihrer Lage feststellen, wobei auch die stärkere Benutzung des Fahrrades als Erholungsgegenstand in Betracht zu ziehen ist. Nach dem Bericht des Verbandes über die Lage des Vorbereichs ist der Absatz sowohl von Fahrrädern wie von Fahrradteilen erheblich gestiegen, die vom Del AG, konnte im August eine 40prozentige Absatzsteigerung gegenüber dem gleichen Monat 1931 registrieren. Es ist zu hoffen, daß die deutsche Fahrradindustrie durch diese günstigen Verhältnisse, die durch die Weltwirtschaftskrise, durch den Rückgang der Exportation und durch den Zusammenbruch der Weltwirtschaft bedingt waren, zu einer weiteren Besserung ihrer Lage durchzuführen.

Amfänglich muß mittelst: Unterbietungen des Reichsfiskus magentaris durch Unternehmer, die nicht einmal die nach der Vorverordnung vom 6. October 1831 erforderliche Genehmigung besitzen, hind in letzter Zeit mehrfach festgestellt worden. Der Betrieb von Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen ohne Genehmigung ist strafrechtlich zu verfolgen (§ 31 der Verordnung), das Fahren des Unternehmers kann eingezogen werden. Daneben unterliegt die Unterbietung des Reichsfiskus magentaris nach § 24 der Verordnung der Verhängung eines Strafgebots durch die Verwaltungsbehörden.

Verschmelzung der Raiffeisen Allgemeine Versicherungs-
gesellschaft a. G. mit der Regeno Versicherungsgesellschaft des
Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossen-
schaften, AG.

Durch Senatsbeschluss des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung vom 26. August 1932 ist die Verschmelzung der Raiffeisen Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft a. G. mit der

in einer autarken Volkswirtschaft beschleunigten aus dem unbedingt notwendigen Vorausanlaß mit anderen Volkswirtschaften entstehen, so daß also die finanzielle Verbindung mit Fremdländern geschaffen werden. Niemals kann das Geldwesen eines Kulturlandes moderner Form etwa in die ferne Zukunft projiziert werden. Diese Voraussetzung ändert aber nichts an der Tatsache, daß das Geldwesen als wichtigste Funktion einer Volkswirtschaft zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit eines Staates gehört, falls diese nicht zu einem Staat zweiter Ordnung, zu einem Kolonialland herabstufen wird.

Die Gerechtigkeit gebietet im übrigen festzuhalten, daß es nicht nur die Kreile waren, die man gemeinhin mit „links“ zu bezeichnen pflegt, welche eine unheilvolle Verknüpfung des deutschen Selbstwunsches mit einer fremdschaftlichen Kontrolle duldeten. Die Weisheit selbst nahm sie mit geringer Ausnahme — wir erinnern hierbei an den Kampf des Oberfinanzrats Dr. Wang gegen Dabow und Young — sonst aber widerstandslos hin. Neben anderem hat offenbar der beherrschende Gedanke, unsere Währung sei durch ausländische Kontrolle besser geschützt, eine gewisse ausschlaggebende Rolle gespielt. Man erwartete auf dieser Basis in totalem Optimismus zu viel von der fruchtbringenden Wirkung ausländischer Kapitalien. Man überließ, daß man sich damit unter die Macht des internationalen Finanzkapitals begab. Die Quittung ist nicht ausgeschrieben.

Zahrelang, und besonders schwer in der letzten Zeit, haben wir unter dem zu engen Schutze der Diskontenungsbeschränkung gelitten. Jetzt ist sie endlich gefallen, und die Bahn ist freigeordnet für eine selbständige Diskontopolitik der Reichsbank. Ein Stiel unserer wirtschaftlichen, aber auch nationalen Souveränität ist zurückerobert. Es ist nun an der Reichsbank, ihre Diskontogefaltung souverän zu handhaben, sie anzupassen an die Notwendigkeiten des deutschen Wirtschaftslebens. Sie wird hierbei Rücksicht nehmen müssen auf die besonderen Verhältnisse und Bedingungen in Deutschland, die gebietlich eine Senkung des Zinses verlangen. Der Anfang ist gemacht mit der heutigen Diskontenung.

beiden landwirtschaftlichen Genossenschaftlichen AG genehmigt worden. Die Eintragung beim Registergericht ist nunmehr erfolgt. Die Regeno ändert ihren Namen um in Regeno-Kaiffelsen Allgemeine Versicherungs-AG, zu Berlin. Nachdem die Verschmelzung der beiden Lebensversicherungsbanken Regeno und Kaiffelsen bereits durch Senatsbeschluß vom 28. 6. 1932 genehmigt wurde, ist nunmehr die Zusammenlegung im gesamten landwirtschaftlichen-genossenschaftlichen Versicherungswesen vollzogen.

Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex stellte sich in der Woche vom 12. bis 17. September bei Zugrundelegung eines Index für die Zeit vom 1924/26 = 100 auf 58,62 gegenüber 59,49 in der Vorwoche, das Kursniveau der 6 %igen festverzinslichen Wertpapiere auf 67,42 % gegenüber 67,39 %.

Der Aufsichtsrat der Heberlandzentrale Pommern AG schlägt der Generalversammlung am 14. Oktober vor, unter Einziehung von 0,8 Mill. RM Vorratsaktien das Stammkapital 2:1 auf 35,7 Mill. RM zusammenzulegen. Der Buchgewinn soll zum Ausgleich der Wertminderungen der Anlagen und zu Abschreibungen verwendet werden.

In der Generalversammlung der **Reinholden Bauernbank AG., AG.**, Köln, die den Wunsch für 1931 gegen eine kleine Opposition genehmigte, wurde auf verschiedene Anfragen mitgeteilt, daß die Einlegung einer Revisionskommission völlig unangebracht sei, da bezüglich der Einlegung genaue Prüfungen stattgefunden hätten. Im übrigen seien Verhandlungen, die bestmögliche Grundlage für die Revision bilden könnten, im Gange.

Die **Reinholden Julius Wier, Scheffler & Co.** in **Wülfrath** teilte für 1931/32 einen Neinschein von 39 284 (38 842) M. aus, der zur Stärkung der Betriebsmittel verwendet wird, während im Vorjahr noch 3 % Dividende ausgeschüttet wurden.

Der Generalversammlung der **Kölnen Rederei AG., AG.**, Köln, am 11. Oktober wird die Auflösung des Neiersfonds mit 230 000 M. und die Senabestimmung des Grundkapitals i. H. v. 200 000 M. für 1931/32 genehmigt.

Die **Verwaltung** des **Landesverbandes** der **Landesbank für Rheinland und Westfalen** hat die Zusammenlegung der Aktien

Die Kammgarnspinnerei Kaiserslautern AG. in Kaiserslautern hat etwa 170 Arbeiter eingestellt. Ihre Betriebe arbeiten in Doppelschichten bei 54 Wochenstunden. In absehbarer Zeit wird die weitere Verstärkung der Belegschaft vorerst 1270 Mann nötig sein.

Die Charlottenburger Wasser- und Industriewerke AG. Berlin, haben in der Schweiz eine Valuta-Anleihe von 5 Mill. Schv. Fr. aus Stillhaltegebern zu 6½ % für durchschnittlich 8 Jahre erhalten.

Die **Zusammenkunft** der **Berliner Privatbankiers** hat sich mit den Plänen zur Errichtung der **Industrie Finanzierungs-Anstalt** W. G. (Fz) und der **Amortisationskasse** befaßt und festgestellt, daß auch den Privatbankiers im Interesse der ihnen angegliederten **Rundschau** aus der mittleren und kleinen **Industrie** an einer **Quantitätskassette** gelegen ist.

Die **Schäffische Mühlenvereinigung** hat mit Wirkung vom 19. 9. die **Großmühlpreise** um 35 **Pf.** für 100 **kg.** herabgesetzt, nachdem erst am 16. 9. eine **Ermäßigung** um 40 **Pf.** eingetreten war.

Berliner Börse vom 21. September.

[illegible]

fest. Auch die übrigen Maschinenwerte gewannen etwa 1%. Schuldtitel waren nach dem gestrigen Rückschlag um 1½% erhöht. Von Renten wurden Ausbeis ½% höher bezahlt. Auch Neubestz waren beachtet. Obligationen zeigten wenig verändert ein. Nach den ersten Kursen gab die Tendenz auf unbefestigte Streik gerichte im Ausmaß wieder nach.

Tagesgeld erforderte noch unverändert 5/4, da die Diskontierung erst morgen in Kraft tritt. Man rechnet dann mit einem Satz von 4 7/8—5 %. Von Valuten lag das Pfund etwas schwächer. Die Mark hat nunmehr einen Höchstkurs erreicht, der Goldimporte aus dem Ausland als möglich erscheinen läßt.

Privatdiskont $3\frac{7}{8}\%$
Der Privatdiskont wurde von der regulierenden Stelle heute noch
malß um $\frac{1}{8}$ auf $3\frac{7}{8}\%$ Mitte ermäßigt.
Das Pfund

notierfe 14,61 (14,63) RM.

Berliner Produktenbörse vom 21. September

Bei Mai-Weizen machte sich nach den Rückgängen der letzten Tage eine stetigere Tendenz geltend, das Angebot aus der ersten Hand bleib

mäßig, andererseits hält sich die Nachfrage auch in engen Grenzen. Bedeutende Wertschöpfung zur Umleitung nach Westdeutschland kommen nur wenig zustande. Am Promptmarkt war das Preisniveau kaum verändert, im Lieferungssektors war Würzweizen gut behauptet. Roggen konnte dagegen die geltenden Höchstpreise ersten Gehalts nicht erreichen. Im Getreidehandel trat ein kleiner Abschwung um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ % ein. Am Promptmarkt haben sich die Angebotsverhältnisse kaum verändert. Weizen- und Roggenmehle haben kleinstes Wertschlagsergebnis bei unbedeutenden Mühlenforderungen. Daher ist ausreichend offeriert, an die Küste überfließt das Angebot die Nachfrage. Gerste hatte unverändert Marktlage.

Weizen 206-208, Sommerweizen 210-211, ruhig. Roggen 160 bis
162, von der Ober 171 cfr Berlin Brief, deutscher Roggen Gruppe 1
164 ab Stettin, ruhig. Braugerste 174-184, Futter- und Industrieerste
167-173, fettig. Hafer 136-141, ruhig. Weizenmehl 25,25-29,75
ruhig. Roggenmehl 21,20-23,55, feil. Weizenkleie 9,80-10,20, feil.

Bremen, 21. September. Baumwolle. Amerikanische Baumwolle middling. Universal-Standard, 28 Millimeter staple, loco notierte heute

offiziell 8,14 Doll. Cents (gegen 8,09 Doll.-Cents am 20. Sept.) per 100
Bremen, 21. Septbr. Getreidemärkte. Notierungen des Bremer
Vereins von Getreide-Importeuren & V. Der Zentner parlt unberzogen
waggonfrei Bremen-Unterwerfer, per Kasia loco, soweit nichts andere
bemerkt. Weizen, Manitoba 1 5,20. Gerste, deutsche 9,50. Hafer, Gold
steiner, 55 Rg. 8,30. Mais, Donau-Galatz 8,30 verzollt. Tendenz: ruhig

Beer, 21. Dezember. Zucht- und Aufzuchtmarkt. Großvieh
markt. Auftrieb: 682 Stüd. Auswärtige Käufer zahlreich vertreten.
Gesamtmarkt: sehr schlecht, großer Ueberflus. Hochtragende und
frischelasse Kühe 1. Sorte 390—440, 2. Sorte 320—370, 3. Sorte 20
bis 260, hoch- und niedertragende Künder 1. Sorte 300—360, 2. Sorte
220—260, 3. Sorte 160—200, jährl. Kühen 1. Sorte 200—270, 2. Sorte
140—160, 3. Sorte 100—120, halbjährige Stiere 1. Sorte 160 bis
200, 2. Sorte 120 bis 140, 3. Sorte 80 bis 100, Kühe
2. und 3. Handen 10—20, St. Auszubild. Stiere ab 200, Fleischmarkt

Muffried: 124 gmd. Handel: Kasperl bis 6 Wochen 4-
 Kertel von 6-8 Wochen 6-8, Säuerl 13-24, Schafe und Lämmer
 15-23 gmd. Wädhler Grob- und Kleinwiedermart am 28. September
 Wädhler Wiedermart am 11. Oktober.
 20. September. Viehmärkt. Der Handel ge-
 hatete sich mittelmäßig. Folgende Preise i. Qual. 850-410, 280
 2. 325-350, 3. 250-300, bodragene Winder i. Qual. 890 bis
 330, do. 2. 240-270, do. 3. 200-240, frische Kühe 250-340, gmd.
 Winder 100-170, Suchwinder 200-270, Wallbinder 100-160, Rauten
 15-25, Kertel 15-25, Wädhler, Wädhler, Wädhler 16-22 gmd.
 25-30, Wädhler über North. Der nächstg. Wädhler und Wädhler
 findet am 27. September statt.

Roniturf: A.F.: U.

Altona: St. Sommerhofung	20. 11.	Altona
Bremen: Alfred Bremer	20. 11.	Bremen
Bremen: Friedrichsches Fleischgenossenschafts Comf.	15. 10.	Wien
Schnieder-Boch Imbß.	10. 10.	Bremen
Essen i. d. Rr. Erbstromann	13. 10.	Böningen
Hamburg: Dr. H. Giermeier	7. 11.	Hamburg
Verhandlung des Reichel	11. 11.	
Nürnberg: Randwirth Peters	30. 9.	Wetel
Usterbuden: Randwirth Gaaßen	1. 10.	Wetel
V e r g l e i c h :		
Altona-Beck: Altbekhaus Partes	3. 2.	W.
Lith. Heibel	6. 10.	Altona
Galle: Gottschalk & Seife	8. 10.	
Hamburg: W. Breitkopf	26. 9.	Seife i. S.
Schnabrid: Schnabrider Holzhandlung Comfß.	6. 10.	Hamburg
	1. 10.	Schnabrid

Berliner Börse	19.9.	21.9.	19.9.	21.9.
-----------------------	-------	-------	-------	-------

[illegible]

Daimler-Benz . . .	207 ¹ / ₈	19. -	100 holl. Gulden .	169.35	169.42
Deutsche W. u. Tief.	75 ³ / ₄	75 ³ / ₄	100 belg. Belga .	58.370	58.370

[illegible]